



Die Pläne der neuen GroKo: Stückwerk aus Einzelprojekten ohne Vision für die Wissenschaft der Zukunft

Wissenschaft und Forschung sind Ideengeber für die Zukunft und Treiber für Innovationen. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler können ihre Ideen am besten in einer Kultur der Vielfalt, Weltoffenheit und Neugier entfalten. Sie brauchen ein innovationsfreundliches Umfeld, das ihnen die nötigen Kapazitäten und Ressourcen bereitstellt. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD für die 19. Wahlperiode entwickelt dazu jedoch nicht den nötigen Spirit: Von einer neuen Dynamik kann im Wissenschaftsbereich keine Rede sein. Zwar nehmen sich die Koalitionspartner viele Einzelprojekte vor, allerdings wirken sie beliebig. Wo die wirklichen Prioritäten liegen, erschließt sich nicht. Vor allem aber liefert der Koalitionsvertrag keine große Erzählung oder ein zusammenhängendes Bild, wo es bei Hochschul-, Wissenschafts- und Forschungspolitik in Zukunft hingehen soll. Wenn die überwölbende Idee fehlt, rettet man sich ins Klein-Klein.

Innovationsland auf tönernen Füßen

Ein innovatives Land braucht kräftige Investitionen für Forschung und Entwicklung. Von den 46 Milliarden Euro Mehrausgaben im gesamten Koalitionsvertrag kommen bei Wissenschaft, Forschung und Innovation zu wenig an, obwohl es zentrale Zukunftsinvestitionen wären. Immerhin korrigiert der neue Koalitionsvertrag das Versäumnis der zurückliegenden GroKo und will endlich Kurs auf das Ziel nehmen, bis 2025 gesamtstaatlich 3,5 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt für Forschung und Entwicklung auszugeben. Doch die dafür von der GroKo angepeilten zwei Milliarden Euro, die der Bund als seinen Anteil zusätzlich in dieser Wahlperiode beisteuern will, sind dafür völlig unzureichend. Das von Union und SPD beschworene „Innovationsland“ Deutschland wird damit keine großen Sprünge machen können. Es steht auf tönernen Füßen.

Bessere Finanzierung der Hochschulen ohne Priorität

Ein innovatives Land braucht starke Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Wir begrüßen, dass der Pakt für Forschung und Innovation fortgesetzt werden soll. Allerdings wird die zentrale Herausforderung der Wissenschaftsfinanzierung nicht gelöst – nämlich das finanzielle Auseinanderdriften von außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Hochschulen. Während erstere weiter auf steigende Etats bauen können, hat es beim Hochschulpakt nur für eine Verstetigung und keine Steigerung gereicht. Anstatt die Schere zwischen Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen weiter zu öffnen, muss die strukturelle Unterfinanzierung der Hochschulen endlich beendet werden. Darum muss der Bund-Länder-Hochschulpakt nicht nur verstetigt, sondern auch aufgestockt werden, um die Grundfinanzierung der Hochschulen gemeinsam zu sichern. Die Chance, in Zeiten einer GroKo die Bund-Länder-Finanzierung entsprechend zu gestalten, darf kein

zweites Mal ungenutzt verstreichen. Leider entwickelt der Koalitionsvertrag dazu keine Ideen.

BAföG-Pläne unzureichend

Ein innovatives Land braucht ein offenes Bildungssystem, das allen den Bildungsaufstieg ermöglicht. Dem richtigen und wichtigen Bekenntnis zu „Bildungschancen für alle“ fehlt es aber sowohl an einer durchdachten Strategie als auch an angemessener Finanzierung.¹ Das zeigt sich auch bei den Plänen für die Studienfinanzierung. Das BAföG wollen Union und SPD vorerst weiter in die Bedeutungslosigkeit herunterwirtschaften. Erst 2021 sollen wieder mehr Studierende als heute gefördert werden. Damit geht das BAföG vom Sturzflug der letzten Jahre lediglich in den Sinkflug über. Nötig ist aber ein schneller Schub als Sofortmaßnahme, damit wieder mehr Studierende vom BAföG profitieren. Zum nächstmöglichen Semester sollen darum die Fördersätze für Studierende und Freibeträge beim Elterneinkommen um jeweils mindestens zehn Prozent steigen. Auch soll das BAföG künftig regelmäßig und automatisch erhöht werden. Nach diesem schnellen Schub soll der Bundestag eine Reformkommission einsetzen, die bis 2020 neue Modelle zur Stärkung der Bildungs- und Studienfinanzierung erarbeitet. Es braucht Brücken zum lebenslangen Lernen und in die Weiterbildung. Das grüne Zwei-Säulen-Modell ist eines der Modelle, die wir dort einbringen wollen. Unsere Forderungen haben wir bereits mit dem Antrag „BAföG sichern und ausbauen“ in den Bundestag eingebracht.²

Zukunft des Wissenschaftsnachwuchses, des Wissenschaftsurheberrechts und der Infrastrukturen des Wissens ungewiss

Ein innovatives Land braucht neugierige Menschen. Und diese verdienen gute Arbeitsbedingungen, ein wissenschaftsfreundliches Urheberrecht und erstklassige Räume und Ausstattung – also moderne Infrastrukturen des Wissens, die jedoch allerorten bröckeln. Trotz des riesigen Investitions- und Modernisierungsstaus findet sich zum wichtigen Thema Hochschulbau nichts im Koalitionsvertrag. Beim, studentischen Wohnen hat es nur für einen Ankersatz gereicht – ohne eine neue Idee oder Strategie zu skizzieren. Das ist nicht genug, um die studentische Wohnungsnot in Hochschulstädten zu mildern – erst recht wenn die Abteilungen für Baupolitik künftig in ein Bundesministerium für Inneres und Heimat unter Minister Seehofer geschoben werden sollten.

Das Thema „gute Arbeit in der Wissenschaft“ ist CDU/CSU und SPD gerade mal einen Drei-Zeiler wert: Da begnügt man sich für diese Wahlperiode damit, die Evaluationsergebnisse des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes auszuwerten. Es ist nicht nachvollziehbar, wieso dies erst für 2020 vorgesehen ist.

Offen auch die Aussage zum neuen Wissenschaftsurheberrecht: Ob es erhalten bleiben soll, steht in den Sternen. Man will auch hier evaluieren. Gut hingegen ist, eine nationale Open-Access-Strategie zu entwickeln – und gleichzeitig ist es das

¹ Mehr zur bildungspolitischen Bewertung des Koalitionsvertrags von CDU/CSU und SPD für die 19. Wahlperiode siehe das Papier „Stückwerk statt Strategie – Bewertung des Koalitionsvertrags im Bereich Bildung, Aus- und Weiterbildung“ von Kai Gehring, Margit Stumpp und Beate Walter-Rosenheimer

² Antrag „BAföG sichern und ausbauen“ <http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/005/1900508.pdf>

Eingeständnis, dass dazu in der letzten Legislaturperiode offensichtlich nicht genug getan wurde.

Digitale Kompetenzen und Infrastrukturen

Union und SPD stellen zwar richtigerweise fest, dass alle Studierenden künftig digitale Kompetenzen, wie grundlegende Programmierkenntnisse oder Datenanalyse, beherrschen sollten. Gleichzeitig verlieren sie aber kein Wort darüber, wie der Bund die Hochschulen dabei unterstützen will, dass mehr Online-Lehrangebote und digitale Inhalte entstehen. Ob dies innerhalb eines bestehenden oder neuen Paktes passieren soll, ist völlig offen. In der Finanzübersicht sind keine Mittel seitens des Bundes dafür vorgesehen.

Im Bereich der Forschung ist es von besonderer Bedeutung, dass der Staat öffentliche Strukturen für gemeinsames digitale Arbeiten und Datenspeicherung zur Verfügung stellt. Positiv ist, dass die Bundesregierung eine Strategie für Hochleistungsrechnen plant. Die European Open Science Cloud wird allerdings gar nicht erwähnt.

Wir setzen uns für eine kohärente Digitalisierungsstrategie ein, und haben dazu bereits der Antrag „Innovationen als Teil einer kohärenten Digitalisierungsstrategie fördern“ vorgelegt.³

Offene Flanke Frauen in der Wissenschaft

Ein innovatives Land braucht faire Chancen für kluge Frauen in der Wissenschaft. Und auch dieser Koalitionsvertrag, wie so viele davor, kündigt an, für Chancengerechtigkeit in der Wissenschaft etwas zu tun. Für mehr Frauen in Spitzenpositionen sollen Gleichstellungsstandards und verbindliche Zielgrößen zu einem Förderkriterium von Wissenschaftseinrichtungen werden. Diese Ankündigung steht und fällt damit, wie wirkmächtig, konsequent und verbindlich das künftig tatsächlich bei jeglicher Forschungsförderung vorangetrieben wird. Die letzte Wahlperiode dazu war mau. Neuer Elan und Ehrgeiz bei dem Thema ist nicht erkennbar.

Längst überfällig: die steuerliche Forschungsförderung für KMU

Ein innovatives Land braucht einen forschenden Mittelstand. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) warten schon viel zu lange auf die unbürokratische Unterstützung ihrer Forschungsaktivitäten durch eine steuerliche Forschungsförderung. Doch diese wird seit Jahren nur angekündigt, statt eingeführt. Auch der neue Koalitionsvertrag verspricht sie wieder einmal – zum dritten Mal hintereinander, aber weder schwarz-gelb, noch die letzte GroKo haben sie umgesetzt. Damit die enormen Innovationspotenziale in unserem Land tatsächlich ausgeschöpft werden, muss sie nun unverzüglich eingeführt werden. Unser Vorschlag dazu liegt seit Jahren auf dem Tisch.

³ Antrag „Innovationen als Teil einer kohärenten Digitalisierungsstrategie fördern“
<http://dipbt.bundestag.de/doc/btd/19/005/1900588.pdf>

Die Hightech-Strategie ohne Forschungsoffensive für die sozial-ökologische Erneuerung

Ein innovatives Land braucht eine nachhaltige Forschungsstrategie und innovative Formate. Doch unter Forschungspolitik versteht die zukünftige GroKo offensichtlich vor allem eine Aneinanderreihung zu fördernder Forschungsfelder und Einzelinitiativen. Eine übergreifende Klammer oder echte Prioritäten fehlen der Hightech-Strategie – sie bleibt ein Bauchladen. Umso auffälliger, dass der Vertrag trotzdem kein Wort zur Nachhaltigkeitsforschung verliert. Es gibt keine Forschungsoffensive für die sozial-ökologische Erneuerung oder die Bewältigung der Klimakrise. Wir hingegen wollen, dass Deutschland zum Pionierland für technische, soziale und ökologische Innovationen wird, um der nachhaltigen Entwicklung hierzulande und weltweit neue Impulse zu geben.

Dazu ist es zum Beispiel wichtig, die Aktivitäten der Bundesregierung im Bereich der Klima- und Klimafolgenforschung erstmalig in einem eigenen Forschungsrahmenprogramm zu bündeln. Auch gilt es, das Rahmenprogramm Forschung für Nachhaltige Entwicklung (FONA) fortzusetzen und die sozialökologische Nachhaltigkeitsforschung deutlich auszubauen. Doch kein Wort dazu im Koalitionsvertrag. Vergeblich sucht man auch ein grundlegendes Bekenntnis zur Grundlagenforschung.

Dafür wird hervorgehoben, Sprunginnovationen befördern zu wollen. Dieser Anspruch ist durchaus richtig, ebenso wie die stärkere Ausrichtung auf die Digitalisierung und mit ihr zusammenhängende Forschungsfelder wie künstliche Intelligenz. Die Ankündigen dazu sind aber sehr vage. Wir halten es in diesem Zusammenhang für zentral, die Kooperationsmöglichkeiten zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und Startups auszubauen und mehr Experimentierräume zu schaffen, in denen Innovationen gemeinsam mit der Zivilgesellschaft unbürokratisch weiterentwickelt und ausprobiert werden können.

Neues Gesicht in der Bildungslandschaft

Die Nominierung von Anja Karliczek als Ministerin für Bildung und Forschung ist die größte Überraschung für den künftigen Kabinetttisch – damit hat niemand gerechnet. In der Öffentlichkeit und im Bundestag ist sie mit Äußerungen zur Bildungs- und Forschungspolitik bisher nicht aufgefallen, daher sind wir neugierig auf ihre Vorstellungen für das Zukunftsministerium. Da sie ein bisher „unbeschriebenes Blatt“ im Themenfeld ist, sind wir umso gespannter auf ihre Ideen und Akzente, wie sie unser Wissenschaftssystem weiterentwickeln und für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen möchte. Mit zwei Berufsausbildungen und einem Fernstudium bringt sie eine spannende Bildungsbiografie mit. Wir wünschen ihr eine „glückliche Hand“ und werden sie, erst recht nach der 100-Tage-Frist, kritisch-konstruktiv begleiten und ihr grüne Alternativen entgegensetzen. Es wird spannend sein, wie sie das Gewicht zwischen Bildung, Weiterbildung, Hochschule und Forschung austariert. Wir werden sie daran messen, wie sie das Ressort im Haushaltsverfahren positionieren kann.

Kai Gehring, Sprecher für Forschung, Wissenschaft und Hochschule

Dr. Anna Christmann, Sprecherin für Innovations- und Technologiepolitik